

Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“
Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ Jülich
Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

Pressemitteilung, Bottrop/Ahaus/Jülich/Münster, 22. Januar 2026

24. Januar, 11 Uhr: Demo Autobahn-Rasthof Bottrop-Süd

Atomkraftgegner klagen auf Nutzung von A2-Autobahn-Brücke - Eilantrag vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen

„Castor darf Versammlungsrecht in NRW nicht einschränken“

Im Vorfeld der für diesen Samstag, 24. Januar, ab 11 Uhr am Autobahn-Rasthof Bottrop-Süd stattfindenden Castor-Demo gegen die angekündigten 152 Atommülltransporte vom Forschungszentrum Jülich ins Zwischenlager Ahaus kommt es nun zu einem Rechtsstreit vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen. Während 90% der Demo-Route im Stadtteil Bottrop-Fuhlenbrock – von der Auftaktkundgebung an der Kreuzung Oberhausener Str./Hanielstr. durch das Wohnviertel Fuhlenbrock und zurück zum Ausgangspunkt – unstrittig sind, hat die Kreispolizei Recklinghausen die Querung der beiden Autobahnbrücken an der Oberhausener Straße und der Fernewaldstraße untersagt. Dagegen gehen die Veranstalter nunmehr mit einem Eilantrag vor, weil sie fürchten, dass die Polizei hier eine Art Castor-Sonderrecht für Versammlungen entlang der 170 Kilometer langen Transportstrecke schaffen möchte. Die Veranstalter werden vor Gericht vom Münsteraner Fachanwalt Wilhelm Achelpöhler vertreten.

„Es gibt im Versammlungsrecht keine Ausnahmen für Autobahnbrücken. Gerade im dicht besiedelten Ruhrgebiet mit seinen vielen Autobahnen würde die generelle Sperrung von Autobahnbrücken für Versammlungen bedeuten, dass Demonstrationen von einem Stadtteil in einen anderen kaum noch möglich wären. Von daher sehen wir hier einen unbegründeten und rechtswidrigen Eingriff in die Versammlungsfreiheit und begrüßen die Klage vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen. Das juristische Problem geht eindeutig über die kritisierten Castor-Transporte hinaus“, erklärte Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Zugleich bestätigt die Polizei in ihrem Schreiben ausdrücklich, dass der Autobahn-Abschnitt der A2 zwischen Oberhausen und Bottrop durch die Großbaustelle ein besonderes Gefahrenpotenzial birgt. Die verengten Fahrbahnen machen eine seitliche Abschirmung der Castor-LKW unmöglich und dürften deshalb im Ernstfall zu einem Polizei-Großeinsatz mit zahlreichen Absperrungen rund um die Autobahn führen. „Die Gefahr geht jedoch von den völlig überflüssigen und gefährlichen Atommülltransporten aus und nicht von Demonstrant:innen, die unter intensiver Polizeibegleitung über eine Autobahnbrücke gehen. Wenn dieser Autobahnabschnitt so gefährlich ist, warum werden dort dann 152 Castor-Transporte mit hochradioaktivem Atommüll geplant? Die Konsequenz kann doch nur sein, die Quelle der Probleme zu beseitigen, und auf die Atommülltransporte von Jülich nach Ahaus zu verzichten“, ergänzte Jens Dütting von der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“.

Die Anwohner:innen entlang der Autobahnen wurden bislang weder von der Bundes- noch der Landesregierung oder der Polizei unterrichtet. Die Proteste dienen also auch der

öffentlichen Information über die erheblichen Unfall- und Sicherheitsgefahren der LKW-Atommülltransporte. Die Gewerkschaft der Polizei spricht angesichts der „sinnlosen Mammutaufgabe“ seit Monaten von „Wahnsinn“. Denn das Zwischenlager Ahaus ist neben Gorleben das älteste in Deutschland und bietet keine Dauerlösung. 2036 läuft auch in Ahaus die Genehmigung aus. Ein sicheres Endlager wird es auf Jahrzehnte nicht geben. In dieser Situation machen Atommülltransporte von einem Zwischenlager in ein anderes keinen Sinn. Sie sorgen angesichts von maroden Autobahnen und Brücken, von Drohnen und der Gefahr schwerer Unfälle nur für neue, unkalkulierbare Risiken.

Aktuell haben die Anti-Atomkraft-Organisationen an NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU), Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) sowie Innenminister Herbert Reul (CDU) geschrieben, weil sie von der NRW-Landesregierung eine neue politische Initiative zur Verhinderung der Castor-Transporte fordern. Antworten stehen noch aus. Der BUND NRW klagt unterdessen vor dem Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg gegen den Sofortvollzug der Transportgenehmigung für die 152 Castor-Behälter. Für den 7. März bereiten die Anti-Atomkraft-Organisationen bereits die nächste Demo in Ahaus vor.

Kontakte:

Jens Dütting, BI „Kein Atommüll in Ahaus“, Tel. 0176-38368325

Matthias Eickhoff, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Tel. 0176-64699023

Weitere Infos:

www.bi-ahaus.de, www.westcastor.org, www.sofa-ms.de, www.bbu-online.de